

7. Februar 2024 | Ausgabe 41

BRIEF AUS BERLIN

Newsletter

Dr. Hans-Peter Friedrich MdB



CSU
IM BUNDESTAG



www.hans-peter-friedrich.de



Liebe Leserinnen und Leser,

der Deutsche Bundestag hat den Haushalt 2024 beschlossen. Er sorgt nicht für Aufbruchstimmung, sondern verstärkt den Frust und die Sorge um die Existenz bei Bürgern und in der Wirtschaft. Anstatt nach dem höchstlicherlich verhinderten Verfassungsverstoß endlich zu sparen, hat sich die Ampel-Regierung für Steuer- und Abgabenerhöhungen entschieden.

Die Ampel hat den Haushalt in schwere soziale Schieflage gebracht: Während das Bürgergeld um 12 Prozent steigt, wird den Bauern die Agrardieselrückvergütung gestrichen. Die Zeche zahlen also die, die für unsere Ernährungssicherheit sorgen. Doch nicht nur bei den Bauern werden die Daumenschrauben angezogen. Die Lkw-Maut wird erhöht, ebenso wie der CO2-Preis und die Luftverkehrsabgabe. Eine Plastikabgabe wird eingeführt und die ermäßigte Mehrwertsteuer bei Gastronomie und Gas zurückgenommen. Zusätzlich kürzt die Ampel den Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung erheblich. Beitragssteigerungen dürften die Folge sein.

Die Regierung schöpft die maximal zulässige Neuverschuldung nach der Schuldenbremse vollständig aus und dehnt den Spielraum durch angebliche finanzielle Transaktionen noch erheblich aus.

Diese Haushaltspolitik wird den Herausforderungen Deutschlands nicht gerecht. Es fehlt eine aktive, zukunftsgerichtete haushaltspolitische Strategie. Statt Bürgergelderhöhung brauchen wir Anreize für die Arbeitsaufnahme. Statt der Belastung einzelner Branchen, wie der Landwirtschaft oder der Transport- und Logistikbranche, brauchen wir für die Leistungsträger in unserer Gesellschaft eine Entlastung. Dazu gehört in erster Linie eine Senkung von Steuern für die Mittelschicht und die Unternehmen.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Ampel-Politik gefährdet Speditionen!

Die Ampel-Politik ist keinem mehr vermittelbar. Getrieben von Ideologie vollzieht sie eine für Bauern, Speditionen, Handwerker und weitere Selbständige existenzgefährdende Maßnahme nach der anderen.

Die Transport- und Logistikbranche wurde zum Jahreswechsel doppelt belastet: Zum Dezember wurde zunächst die Lkw-Maut erhöht - Verkehrsminister Wissing hat dabei den aus Brüssel vorgegebenen Spielraum maximal ausgereizt. Zum 1. Januar 2024 kam die Anhebung des CO2-Preises, die sich unmittelbar auf die Benzin- und Dieselpreise auswirkt.

Um diese drastischen Maßnahmen zu überleben, müssen die Unternehmen die Preise erhöhen. Das schadet ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit und verteuert das Leben der Bürger. So heizt man die Inflation an!

Ziel der Bundesregierung ist eine Beschleunigung des Umstiegs auf klimaneutrale Antriebe. Doch diese Lenkungswirkung schlägt fehl: Erstens haben E-Lkw noch immer eine viel zu geringe Reichweite und Nutzlast, zweitens fehlt es an einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur und drittens sind E- oder Wasserstoff-Lkw aktuell noch um das Zweieinhalbfache teurer als ein Diesel-Lkw, gleichzeitig sind die Fördertöpfe aber zu klein, wenn sie überhaupt noch fortgeführt werden.

Ebenso nicht nachvollziehbar ist die Verletzung des bisher geltenden Grundsatzes „Straße finanziert Straße“: Nur ein Teil der Maut-Mehreinnahmen soll künftig in die Straßeninfrastruktur gehen. Dabei wird gerade auf der Straße das Geld so dringend benötigt für die Ausweitung von Förderprogrammen, für den beschleunigten Ausbau von Lade- und Tankinfrastruktur sowie für den Ausbau von Lkw-Parkplätzen oder Brücken.

Im Gespräch mit den Geschäftsführern der Spedition Max Rübzig in Schwarzenbach an der Saale, Susanne und Max Rübzig.

Auch bei uns in der Logistikregion Hochfranken wirken sich die Entscheidungen der Ampel massiv aus.



Regierung muss Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen

Bei den Bürgern und in der Wirtschaft ist die Verunsicherung darüber groß, ob die Entscheider in der Politik mit den bestehenden Instrumenten und innerhalb der bestehenden Strukturen die Probleme noch lösen können. Die Hauptaufgabe im Jahr 2024 besteht darin, die Problemlösungsfähigkeit in den demokratischen Prozessen unter Beweis zu stellen. Dabei müssen die Institutionen reformiert und Handlungsfähigkeit hergestellt werden. Wenn dies von innen heraus nicht geschieht, werden die Veränderungen von außen kommen. Das Wahljahr 2024 wird in der Europäischen Union, in den neuen Ländern und im transatlantischen Verhältnis dazu zwingen, die Denkmuster der letzten 75 Jahre zu verlassen.

Der Neujahrsempfang des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft bot Gelegenheit, mit den zahlreichen in- und ausländischen Gästen über die internationale Wirtschaftsentwicklung und -politik zu sprechen.



Grundlage für internationale Kooperationen schaffen

Die globalisierte Welt erfordert enge internationale Kooperationen und einen verlässlichen Umgang miteinander. Daher ist es so wichtig, unser Wissen über China, unseren wichtigsten und größten Handelspartner, weiter auszubauen und mehr China-Kompetenz aufzubauen.

Umso mehr habe ich mich daher gefreut, mich mit jungen Studentinnen und Studenten der Shenzhen MSU-BIT Universität aus der Provinz Guandong auszutauschen. Sie gehören zu den Fachkräften und Wissenschaftlern von morgen, mit denen wir in den kommenden Jahren vor allem in den Bereichen Umwelt und Energie oder auch Gesundheit und Medizin noch enger zusammenarbeiten müssen. Vielen Dank für den Besuch!



So erreichen Sie mich:
Deutscher Bundestag
Dr. Hans-Peter Friedrich MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

+49 30 227-77493
hans-peter.friedrich@bundestag.de

